

Die Kultur kreist um sich selbst

Von wegen Öffnung und Dialog: Die großen Kulturinstitutionen wollen nicht ernsthaft in die Gesellschaft hineinwirken. Soll man das weiterhin unhinterfragt subventionieren?

Von Adrienne Braun

Einige ältere Herren werden sich sehr gefreut haben: zum Beispiel die Architekten Herzog & de Meuron, der „Malerstar“ Gerhard Richter und natürlich Klaus Biesenbach, der künftige Chef von „berlin modern“. So soll das neue Museum in Berlin heißen, für das gerade der Grundstein gelegt wurde. Ein ehrgeiziges Projekt, das allerdings auch umstritten ist, weil es vor allem eines wird: teuer. Statt der 450 Millionen Euro, die der Bund schon bewilligt hat, geht man längst von 600 Millionen aus.

Großprojekte, die Millionen verschlingen, haben es nie leicht in den öffentlichen Debatten. Ausgaben für die Kultur sind dabei besonders heikel und lassen die Emotionen schnell hochkochen. Reflexhaft werden unterschiedliche Notwendigkeiten gegeneinander ausgespielt: Darf man die Oper sanieren, wenn es in Schulen hineinregnet? Schwimmhalle oder ÖPNV? Gesundheitsversorgung oder Radwege? In Sachen „berlin modern“ fragt sich in diesen Tagen auch so mancher, ob die Hauptstadt wirklich noch ein weiteres Prestigeobjekt braucht oder es nicht dringlichere Kulturkonzepte gäbe.

Auf jedes Opernticket legt die öffentliche Hand 210 Euro drauf. Ist das viel – oder doch lausig wenig im Vergleich zu den zwanzig Millionen Euro, die die Stadt Stuttgart mal eben für ein neues Fußballstadion nachschießen wird?

Deutschland zählt neben Frankreich und Schweden zu den Ländern, die mit Abstand am meisten in Kultur investieren. So unterstützte man während Corona, so gut man konnte, und gab nach dem Lockdown Starthilfe. Reichere Bundesländer haben auch selbstverständlich die gestiegenen Energiekosten für die großen Häuser übernommen. Museen in den USA haben es da nicht so gut. Sie mussten in den vergangenen Jahren hochkarätige Kunstwerke verkaufen, um den Betrieb und die Betreuung ihrer Bestände weiterhin gewährleisten zu können.

Trotzdem haben Berliner Kulturschaffende im vergangenen Jahr in einem offenen Brief moniert, dass die Hauptstadt zu wenig für die Kultur ausbebe, nämlich nur drei Prozent des Berliner Haushalts. In Zahlen sind das rund 906 Millionen Euro – heruntergerechnet zweihundertfünfzig Euro pro Einwohner. Aber ist das nun angemessen oder nicht? Auf jedes Opernticket legt die öffentliche Hand 210 Euro drauf. Ist das viel – oder doch lausig wenig im Vergleich zu den zwanzig Millionen Euro, die die Stadt Stuttgart mal eben für ein neues Fußballstadion nachschießen wird?

Wer Kultursubventionen an sich für entbehrlich hält, macht sich nicht bewusst, wie traurig eine Gesellschaft ohne sie aussähe. Man muss nicht nach Afghanistan reisen, um eine Ahnung zu bekommen, wie trostlos

ein Leben ohne Musik und kulturelle Angebote ist. Die meisten Städte und Kommunen wissen auch sehr genau, dass Kultur ein wichtiges Pfund ist im Konkurrenzkampf mit anderen Standorten. Und auch jene, die nie ins Theater oder Museum gehen, identifizieren sich vermutlich unbewusst mit dem kulturellen Erbe ihrer Heimat.

Aber darf das ein Freibrief sein, dass die Kulturschaffenden mit den Subventionen machen dürfen, was sie für richtig halten?

Natürlich nicht. Deshalb können kleine, freie Initiativen ein Lied davon singen, wie mühselig die Beantragung jedes Cents ist. Die großen Institutionen haben es da deutlich besser, denn ihnen wird ein grundsätzliches Existenzrecht zugestanden. Dass ihnen ein Gutteil der Subventionen unhinterfragt zugeteilt wird, gründet auf einer eher diffusen Vorstellung, dass Kunst und Kultur per se wichtig für die Gesellschaft seien.

Aber ist das so? Und was ist es konkret, was die gewachsenen Institutionen der Gesellschaft, die sie finanziert, zurückgeben? Die Frage ist nicht nur heikel, weil sie populistischen Argumentationen Tür und Tür öffnen könnte. Sie wird speziell in Deutschland sehr ungenügend gestellt, weil die Nationalsozialisten die Kultur gezielt für ihre ideologischen Zwecke instrumentalisierten. Damit das nicht mehr passiert, werden Kunst und Kultur größtmögliche Freiheiten gewährt und verbietet es sich sogar, von ihr irgendeine Nützlichkeit zu erwarten.

Aber obwohl ein großer Unterschied existiert zwischen Kultur und Kultureinrichtung, beanspruchen auch die Institutionen diese Freiheit ganz selbstverständlich für die eigene Arbeit. Deshalb war die Aufregung groß, als Theater, Museen, Opern- und Konzerthäuser in der Finanzkrise in den 1990er Jahren plötzlich dazu verdonnert wurden, mehr Geld durch Vermietungen, Sponsoring oder Merchandising zu erwirtschaften. Bis heute halten es einige auch für unangemessen, sich rechtfertigen zu müssen, ob die eigene Arbeit überhaupt Publikum erreicht.

Die politische Forderung, dass die hochsubventionierten Betriebe breitere Besuchergruppen ansprechen müssen, hat dazu geführt, dass man nun – mehr oder wenig begeistert – allerhand Budenzauber veranstaltet. Es wird Whisky-Tasting und Public Viewing angeboten, Meditation im Museum oder Neue Musik im Autohaus. Das hilft der Zuschauerbilanz, als ernsthaften Dienst an der Gesellschaft kann man solcherlei Aktivitäten aber nicht werten. Deshalb mehren sich Forderungen, dass die großen Tanker endlich auch inhaltlich in die zunehmend zerrüttete Gesellschaft hineinwirken sollen.

So hat der internationale Museumsverband ICOM 2022 in seiner Definition von Museum ergänzt, dass diese „ethisch, professionell und partizipativ mit Communitys“ zusammenarbeiten sollen und nicht für Wissensvermittlung da sind, sondern, Achtung,

für „Wissensaustausch“. Ähnlich äußerte sich dieser Tage der baden-württembergische Kulturstaatssekretär Arne Braun, der an Museen und Theatern appelliert, „sich laut und vernehmlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für den Erhalt der Demokratie einzusetzen. Sie sollen in der akuten Krisensituation die Menschen wieder in einen Dialog bringen, weil das andernorts kaum noch möglich scheint.“

„Aber das tun wir doch längst“, werden die meisten Kulturschaffenden insgeheim denken, weil für sie außer Frage steht, dass sie die Veredelung des Menschen für sich quasi gepachtet haben. Wer auch immer im Kulturbetrieb tätig ist, ob Schauspieler oder Intendant, Sänger oder Literat, Künstler oder Kurator, sie alle sind zutiefst davon überzeugt, dass jeder Cent, der in sie gesteckt wird, maßgeblich zu einer funktionierenden Gesellschaft beiträgt.

Auf einer eher abstrakten Ebene stimmt das sicher. Ob Schiller oder Kleist, Mozart oder Sophokles – in vielen Bühnenwerken oder auch in der Kunst wurden zu allen Zeiten Fragen zu Macht und Ohnmacht, Gesellschaft und Individuum verhandelt. Und doch wirkt all das wie ein zahnloser Tiger – weil man sich diesen großen Debatten zwar künstlerisch nähert, sie aber nicht als Anlass nutzt, um ins Gespräch zu gehen. Der klassische Kulturbetrieb spricht nicht mit dem Publikum, sondern agiert immer von der Position des autorisierten Sprechers aus. Das macht die Trennung zwischen Bühne und Zuschauerraum allzu deutlich.

Wenn Hamlet „Sein oder Nichtsein“ deklamiert oder es bei Brecht heißt „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“, wird vielleicht im Kopf der Rezipienten eine Art Zwiegespräch initiiert, was aber so wenig ein aktueller Dialog auf Augenhöhe ist wie das „Kunstgespräch“ oder die „Kuratorenführung“ im Museum. Es ist auch nicht partizipativ, wenn Ausstellungsbesucher beim Audioguide vor- und zurückschalten dürfen. Weder befördert ein Konzert, das man in eine Fabrik verlegt, eine wache Debattenkultur, noch wirkt es inhaltlich in die Gesellschaft hinein, einmal im Jahr eine Opern- oder Balletaufführung in den Park zu übertragen.

Auch wenn manche Akteure versuchen, an dieser Hoheitsrolle zu rütteln, subventioniert die öffentliche Hand also unhinterfragt Institutionen, deren Traditionen es gar nicht zulassen, dass Kultur für alle erlebbar wird. Schlimmer noch: Letztlich verhindern die Strukturen sogar, dass Kultur hilft, gesellschaftliche Krisen zu lösen.

Deshalb mehren sich die Stimmen, die an der Besitzstandswahrung der großen Tanker rütteln wollen. In der Polemik „Der Kulturinfarkt. Von allem zu wenig und überall das Gleiche“ wurde schon 2012 die unbequeme Frage aufgeworfen, ob man die Hälfte der Kultureinrichtungen schließen sollte. Einer der Autoren, der Soziologe Dieter Haselbach,

hat gerade wieder im Zusammenhang mit dem Berliner Neubau gefragt, ob das Land wirklich immer neue Museen brauche.

Ja, es bräuchte dringend neue Museen, aber eben keine mehr, in denen man einer kleinen Gruppe freie Hand lässt: den Wissenschaftlern. Obwohl in den Museen zahllose hochpolitische Werke hängen, wird deren gesellschaftliche Relevanz nicht thematisiert, weil sich die Kuratoren eben nur in formalästhetischen und historischen Fragen auskennen. Sie bringen meist auch keinerlei didaktisches Wissen mit, das so dringend nötig wäre, um ein breiteres Publikum willkommen zu heißen.

Nicht nur hier kommen die öffentlichen Mittel somit in erster Linie einer kleinen Berufsgruppe zugute, deren Eigeninteressen eine komplette Sparte dominieren. Das Theater wagt sich thematisch zwar eher an gesellschaftliche Themen, aber natürlich wollen auch Regisseure keine Moderatoren sein und schon gar keine Pädagogen. Ihr Ehrgeiz ist es, ihre persönliche Deutung eines Stoffes in künstlerisch hochwertigen Produktionen auszudrücken. Dass das Publikum (mitunter auch akustisch) nicht alles versteht, nimmt man dabei in Kauf – und erklärt im Programmheft und in „Einführungen“ vor der Vorstellung, was man künstlerisch nicht ausdrücken konnte oder wollte.

Wie aber sähe ein Theater- oder Ausstellungsbetrieb aus, der nicht mehr allein den alten Traditionen huldigt? Was würde passieren, wenn es neben großen Premieren auch kleine, dialogische Formate gäbe, bei denen die klassischen Theaterleute außen vor sind? Wie sähe ein Museum aus, das nicht nur wissenschaftliche Einrichtung ist, sondern auch anderen erlaubte, über das zu sprechen, was sie für wichtig an der Kunst halten?

Sicher ist, dass hier Pfründe aufgegeben werden müssten und dort Erwartungshaltungen enttäuscht würden. Die Kultur selbst aber würde das tun, was ihrem Wesen entspricht: sich verändern, unbekannte Denkmuster, Ausdrucksweisen erproben, die vielleicht für die Gesellschaft nutzbar gemacht werden können.

Vermutlich wird die Politik trotzdem nicht am System rütteln, weil das Mut und eine Menge Arbeit bedeuten würde. So wird auch weiterhin der Löwenanteil der Subventionen in ein Kulturverständnis fließen, bei dem im Elfenbeinturm ästhetische Fragen verhandelt werden und man sich für die aktuellen gesellschaftlichen Fragen nicht zuständig fühlt. Das kann man richtig oder traurig finden. Eines aber hat die Gesellschaft, die das finanziert, doch verdient: dass man das zumindest offen zugibt.

Ob Schiller oder Kleist, Mozart oder Sophokles – in vielen Bühnenwerken oder auch in der Kunst wurden zu allen Zeiten Fragen zu Macht und Ohnmacht, Gesellschaft und Individuum verhandelt. Und doch wirkt all das wie ein zahnloser Tiger.

So soll das Museum berlin modern am Kulturforum einmal aussehen. Die Kosten dürften die Höhe von rund 600 Millionen Euro erreichen. Visualisierung: Stiftung Preußischer Kulturbesitz

